

Badisches Tagblatt, Nachrichten aus Rastatt 10.09.2002

WDR-Sendung sorgt für Wirbel nicht nur unter Rastatts Muslimen/
Extremismusvermutung wird vom Landesverfassungsschutz nicht bestätigt

TV-Bericht rückt Kulturzentrum in diffuses Licht

Rastatt'(dg) - Ein Fernsehbericht des Westdeutschen Rundfunks, der am frühen Sonntagabend in der ARD lief, schreckte nicht wenige Rastatter auf. Schließlich ging es in dem Film von Udo Kilimann um ein Thema, das wenige Tage vor dem 11. September viele Menschen im Land bewegt: „Junge Muslime in Deutschland“.

Dem Autor ging es darum, einen Blick auf die Befindlichkeit der Muslime in Deutschland zu werfen, und aufzuzeigen, dass einige Gruppen der rund 3,4 Millionen Muslime in Deutschland in einer „Parallelgesellschaft“ und im Schutz der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit Fundamentalismus leben. Beleuchtet wurde auch eine Einrichtung in Rastatt: das Schülerwohnheim des Islamischen Kulturzentrums in der Lützower Straße 5.

Dort war man nach der Sendung des Films ziemlich verärgert. Immerhin fünf Tage hatte Kilimann für die WDR-Redaktion „Gott und die Welt“ mit Einverständnis des Islamischen Kulturzentrums in Rastatt recherchiert und gedreht.

Mitunter sei die Arbeit nicht einfach gewesen - schon aus sprachlichen Gründen, sagte Kilimann dem BT. Zwar habe man sich relativ frei umschaun können, selbst am Freitagsgebet habe man teilnehmen dürfen. In dem Wohnheim, in dem derzeit 25 Schüler meist von Familien aus Rastatt und dem Umland untergebracht sind, sei man aber stets auf die Hilfe eines Dolmetschers angewiesen gewesen - „obwohl sie zur Integration der Jungen beitragen wollen“, sagte Kilimann. Offene Worte der Jugendlichen, die alle an Rastatter Schulen unterrichtet werden, habe es nur in der jeweiligen Schule gegeben. Das Leben im Wohnheim sei stark reglementiert, Kilimann sprach gar von „Drill“. Besonders auffallend sei die Verehrung des modernen islamischen Mystikers Süleyman Efendi (1888 bis 1959), sagte Kilimann.

Auch bei der Stadt Rastatt sorgte die Sendung für Aufregung. Für den heutigen Tag hat Oberbürgermeister Klaus-Eckhard Walker eine Besprechung anberaumt, um mehr Licht in die Angelegenheit zu bringen. Übers Knie brechen werde man trotz der TV-Sendung nichts. Zunächst müsse man davon ausgehen, dass die Einrichtung in der Lützower Straße ordnungsgemäß arbeite, zumal das Landesjugendamt keine Einwände gegen das Schülerwohnheim des islamischen Kulturzentrums gehabt habe. Vom Landesjugendamt selbst war gestern keine Stellungnahme zu erhalten.

„Entwarnung“ für Rastatt gab es aus Stuttgart: Kein Problem stellt der „Islam Kültür Merkezleri Birligi“, wie der Verband islamischer Kulturzentren auf türkisch heißt, für den Verfassungsschutz des Landes dar. Wie Pressesprecher Jörg Hornung auf BT-Anfrage erläuterte, sei der Verband „kein Beobachtungsobjekt“, es lägen bislang „keine Erkenntnisse“ vor.

Im Islamischen Kulturzentrum Rastatt, das in einer ehemaligen Möbelfabrik untergebracht ist, war man gestern ziemlich angesäuert. Der Autor habe in seiner Anfrage betont, dass er „Verständigung und Offenheit unterstützen wolle“, schreibt Mustafa Kitap. Deshalb habe man ihm alle Türen geöffnet.

Kilimann habe das Vertrauen missbraucht. „An den Tatsachen vorbei wurde das Schülerwohnheim diskreditiert, der Dialog mit den Rastatter Nachbarn und Bürgern verschwiegen“, bedauert Kitap. Das Schülerwohnheim sei staatlich anerkannt, der Verband islamischer Kulturzentren sei weder ein Orden „noch schottet er die Jugendlichen ab“.

Der Verband setze sich für die Integration der muslimischen Kinder ein und fördere sie in schulischen Angelegenheiten. „Er vermittelt eine islamische Identität, die zum friedlichen Zusammenleben beiträgt und fern vom Extremismus und Fanatismus ist“, stellte Kitap klar.

Die Selbstdarstellung des Verbands (nachzulesen im Internet unter www.vikz.de), der vor 29 Jahren in Köln gegründet worden war, nährt ebenfalls nicht den Verdacht, dass es sich um eine islamistische Einrichtung handelt. „Die Aktivitäten des Verbandes bewegen sich im Rahmen der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland und orientieren sich am freiheitlich-demokratischen Grundprinzip“, heißt es dort.

Die Arbeit des Verbands beschränke sich weitgehend auf religiöse Dienste und Sozialarbeit. Großen Wert lege man auf Öffentlichkeitsarbeit und der Öffnung der Einrichtungen für Nichtmuslime. Die Beziehung zu den Lehren Süleyman Efendis wird nicht geleugnet, allerdings stünden dessen Schüler „fern von Extremismus und Fanatismus“, und man glaube an den interreligiösen Dialog, wie der Verband betont. Süleyman, der nicht nur Religionsgelehrter, sondern auch Jurist war, habe bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass der Eingriff des Staates in die private Religionsausübung dem Wesen des Laizismus (Trennung von Kirche und Staat) widersprach.